

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010

Bilanz zum 31. Dezember 2010

AKTIVA	Anhang	31.12.2010		Vorjahr	
		Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Anlagevermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände	(4)	14.848		10.434	
Sachanlagen	(5)	289.078		248.914	
Finanzanlagen	(6)	300.963		300.367	
			604.889		559.715
Umlaufvermögen					
Vorräte	(7)	4.822		4.250	
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(8)	288.909		287.322	
Wertpapiere	(9)	73.933		61.424	
Flüssige Mittel	(10)	77.556		77.595	
			445.220		430.591
Rechnungsabgrenzungsposten	(11)		2.157		687
			1.052.266		990.993

PASSIVA	Anhang	31.12.2010		Vorjahr	
		Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Eigenkapital					
Gezeichnetes Kapital	(12)	96.000		96.000	
- rechnerischer Wert eigener Anteile		- 1.525		0	
<i>Ausgegebenes Kapital</i>		94.475		96.000	
Kapitalrücklage		2.958		2.958	
Gewinnrücklagen	(13)	77.657		79.209	
Bilanzgewinn	(14)	16.560		16.565	
			191.650		194.732
Empfangene Ertragszuschüsse	(15)		43.024		46.772
Rückstellungen	(16)		596.708		565.565
Verbindlichkeiten	(17)		220.884		183.924
			1.052.266		990.993

Gewinn-und-Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2010

	Anhang	2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Umsatzerlöse	(23)	1.572.497	1.638.870
Strom- und Erdgassteuer		- 71.455	- 51.726
Umsatzerlöse (ohne Strom- und Erdgassteuer)		1.501.042	1.587.144
Erhöhung des Bestands an nicht abgerechneten Lieferungen und Leistungen (Vorjahr Verminderung)	(24)	572	- 974
Andere aktivierte Eigenleistungen	(25)	7.794	8.471
Sonstige betriebliche Erträge	(26)	51.400	74.385
Materialaufwand	(27)	- 1.342.224	- 1.427.933
Personalaufwand	(28)	- 51.256	- 56.162
Abschreibungen	(29)	- 22.698	- 27.933
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(30)	- 86.403	- 101.422
Betriebsergebnis		58.227	55.576
Finanzergebnis	(31), (32)	- 32.288	- 24.801
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		25.939	30.775
Außerordentliches Ergebnis / Außerordentlicher Aufwand	(33)	- 1.653	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(34)	- 7.726	- 13.012
Jahresüberschuss		16.560	17.763
Gewinnvortrag	(14)	1	2
Entnahme aus Gewinnrücklage wegen Erwerb eigener Anteile	(13), (14)	32	58
Ertrag aus offener Absetzung des rechnerischen Wertes eigener Anteile	(13), (14)	27	0
Aufwand aus Erwerb eigener Anteile	(13), (14)	- 60	0
Einstellungen in Gewinnrücklagen	(13), (14)	0	- 1.258
Bilanzgewinn		16.560	16.565

Anhang des Geschäftsjahres 2010

(1) Allgemeine Bemerkungen

Der Jahresabschluss wurde in Euro (€) aufgestellt und in Tsd. € veröffentlicht.

Die Gesellschaft wendet die Bilanzierungsvorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) erstmalig für das Geschäftsjahr 2010 an. Die Umstellung erfolgte zum 1. Januar 2010.

Die Vorjahreszahlen gemäß § 265 Abs. 2 Satz 1 HGB wurden entsprechend Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB nicht an die geänderten Bilanzierungsmethoden angepasst. Wesentliche Auswirkungen durch die erstmalige Anwendung des BilMoG ergaben sich dabei im Bereich Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen.

Soweit nicht durch das BilMoG berührt, wurden die Gliederungs-, Ausweis- und Bewertungsgrundsätze gegenüber dem Vorjahr beibehalten.

In der Bilanz sowie in der Gewinn-und-Verlustrechnung sind aus Gründen einer verbesserten Übersicht Posten zusammengefasst, die im Anhang jedoch gesondert aufgliedert werden. Die Aufgliederung und Entwicklung des in der Bilanz dargestellten Anlagevermögens zeigt der im Anhang enthaltene Anlagespiegel.

Der Jahresabschluss ist unter Berücksichtigung der vom Vorstand vorgeschlagenen Gewinnverwendung aufgestellt.

Für die Gewinn-und-Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren angewandt.

(2) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten aktiviert und unter Zugrundelegung ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Zugänge bei den Sachanlagen (ggf. einschließlich aktivierter Eigenleistungen) sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Die Herstellungskosten umfassen die Materialeinzelkosten, die Fertigungseinzelkosten, die Sonderkosten der Fertigung und angemessene Teile der Materialgemeinkosten, der Fertigungsgemeinkosten, des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist sowie angemessene Teile der Verwaltungsgemeinkosten. Erhaltene öffentliche Kapitalzuschüsse werden aktivisch abgesetzt. Sofern es sich um bezuschusste Instandhaltungsmaßnahmen handelt, werden diese sofort ertragswirksam vereinnahmt.

Die planmäßigen Abschreibungen für unbewegliche Sachanlagen werden grundsätzlich linear, in Altfällen (Zugänge bis 1995) stufendegressiv vorgenommen. Bei beweglichen Sachanlagen (Zugänge bis 31. Dezember 2007) wird überwiegend von der degressiven Abschreibungsmethode Gebrauch gemacht. Der Übergang zur linearen Methode erfolgt, sobald diese zu höheren Abschreibungen führt. Zugänge seit dem 1. Januar 2008 werden linear abgeschrieben. Den Abschreibungen liegen die voraussichtlichen Nutzungsdauern nach den steuerlichen AfA-Tabellen zu Grunde.

Für Zugänge von beweglichen Sachanlagen werden die Abschreibungen im Zugangsjahr pro rata temporis berücksichtigt. Die Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgen ausschließlich linear. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen. In Anlehnung an § 6 Abs. 2 EStG werden Anschaffungs- oder Herstellungskosten (AHK) von abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die einer selbständigen Nutzung fähig sind, von bis zu 150 € im Wirtschaftsjahr der Anschaffung in voller Höhe als Betriebsausgaben behandelt. Bei AHK zwischen 150 € und 1.000 € erfolgt gemäß § 6 Abs. 2a EStG die Aktivierung auf Sammelposten. Die Sammelposten sind im Wirtschaftsjahr der Bildung und den folgenden vier Wirtschaftsjahren mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd abzuschreiben. Sofern sich nach handelsrechtlichen Grundsätzen Bedarf einer außerplanmäßigen Wertberichtigung ergibt, oder ein Abgang erfolgt, werden in Abweichung zur steuerlichen Vorgehensweise die Veränderungen buchhalterisch erfasst.

Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens, Ausleihungen und von der Gesellschaft gewährte Darlehen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten oder zum Nominalwert angesetzt bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert, sofern die Wertminderung voraussichtlich dauerhaft ist. Rückdeckungsversicherungen sind mit dem Rückkaufswert bilanziert.

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie nicht abgerechnete Lieferungen werden, unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips, mit den fortgeschriebenen Durchschnittspreisen oder dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Nicht abgerechnete Leistungen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet. Die Herstellungskosten der Vorräte umfassen die selben Bestandteile wie die Herstellungskosten der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens. Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und flüssige Mittel sind mit dem Nominalwert angesetzt.

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit dem Devisenkassamittelkurs zum Abschlussstichtag umgerechnet. Bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurde dabei das Realisationsprinzip (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 2 HGB) und das Anschaffungskostenprinzip (§ 253 Abs. 1 Satz 1 HGB) beachtet. Zweifelhafte Forderungen sind mit ihrem voraussichtlich realisierbaren Wert ausgewiesen. Für das allgemeine Kreditrisiko ist eine Pauschalwertberichtigung gebildet. Forderungen mit einer Überfälligkeit größer 90 und kleiner 365 Tagen bzw. zwischen 365 und 1.095 Tagen bzw. größer 1.095 Tagen in Höhe von 50 bzw. 75 bzw. 100 % ihres Buchwerts wertberichtigt.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber der Pfalzwerke Netzgesellschaft mbH, Ludwigshafen/Rhein, werden saldiert.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens werden mit den Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag bewertet.

Die empfangenen Ertragszuschüsse werden auf Grund der Allgemeinen Versorgungsbedingungen und besonderer Vereinbarungen vereinnahmt. Die Bildung eines Sonderpostens für die Investitionszuschüsse erfolgt in Höhe des auf das jeweilige Wirtschaftsgut entfallenden (Teil des) Zuschussbetrages („passivischer Bruttoausweis“) mit übereinstimmender Abschreibung des Vermögensgegenstandes und Auflösung des Sonderpostens.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden nach der Anwartschaftsbarwertmethode unter Verwendung der "Richttafeln 2005 G" von Klaus Heubeck ermittelt. Für die Abzinsung wurde pauschal der durchschnittliche Marktzinssatz bei einer restlichen Laufzeit von 15 Jahren von 5,16 % (Vorjahr: 5,63 %) gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) vom 18. November 2009 verwendet. Erwartete Gehaltssteigerungen wurden mit 3,40 % (unverändert zum Vorjahr) und erwartete Rentensteigerungen mit 1,96 % (unverändert zum Vorjahr) berücksichtigt.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre unter Anwendung der Bruttomethode abgezinst. In Anwendung des in Art. 67 Abs. 3 EGHGB eingeräumten Wahlrechts wurden Rückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB in der bis zum 28. Mai 2008 geltenden Fassung beibehalten (Aufwandsrückstellungen).

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Für die Ermittlung latenter Steuern aufgrund von temporären oder quasi-permanenten Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund steuerlicher Verlustvorträge werden die Beträge der sich ergebenden Steuerbe- und -entlastung mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen im Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und nicht abgezinst. Aktive und passive Steuerlatenzen werden verrechnet. Die Aktivierung latenter Steuern unterbleibt in Ausübung des dafür bestehenden Ansatzwahlrechts. Bei der Berechnung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 28,48 % zu Grunde gelegt. Wesentliche aktive latente Steuern ergaben sich aus der unterschiedlichen handels- und steuerrechtlichen Bewertung bei den Pensionsrückstellungen und den sonstigen Rückstellungen. Passive latente Steuern ergaben sich bei der Bewertung des Anlagevermögens.

Aktiva

(3) Entwicklung des Anlagevermögens

Werte in Tausend Euro	Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte				Stand Ende Berichtsjahr
	Stand Anfang Berichtsjahr	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	
Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Software	23.205	1.486	66	3.763	20.994
Baukostenzuschüsse	6.015	4.920	4.800	-	16.735
Geleistete Anzahlungen	4.923	221	- 4.866	-	278
Immaterielle Vermögensgegenstände gesamt	34.143	6.627	0	3.763	37.007
Sachanlagen					
Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	105.813	500	1.302	1.494	106.121
Technische Anlagen und Maschinen	1.076.266	29.391	23.284	14.983	1.113.958
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	26.094	542	263	63	26.836
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	43.217	31.154	- 24.849	-	49.522
Sachanlagen gesamt	1.251.390	61.587	0	16.540	1.296.437
Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen	3.061	12	-	-	3.073
Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	20.248	134	-	600	19.782
Beteiligungen	68.041	4	-	-	68.045
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.117	940	-	173	10.884
Wertpapiere des Anlagevermögens	198.319	-	-	-	198.319
Sonstige Ausleihungen	2.000	-	-	-	2.000
Rückdeckungsversicherung	1.227	289	-	6	1.510
Finanzanlagen gesamt	303.013	1.379	-	779	303.613
Anlagevermögen gesamt	1.588.546	69.593	0	21.082	1.637.057

Bei den Abschreibungen sind außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 1.322 Tsd. € (im Vorjahr 6.231 Tsd. €) enthalten.

Werte in Tausend Euro	Kumulierte Abschreibungen					Stand Ende Berichts-jahr	Buchwerte 31.12.2010	Buchwerte Vorjahr
	Stand Anfang Berichts-jahr	Zu-schrei-bungen	Abschrei-bungen Berichts-jahr	Um-buchun-gen	Ab-gänge			
Immaterielle Vermögensgegenstände								
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Software	18.787	-	2.127	-	3.763	17.151	3.843	4.418
Baukostenzuschüsse	4.922	-	86	-	-	5.008	10.727	1.093
Geleistete Anzahlungen	-	-	-	-	-	-	278	4.923
Immaterielle Vermögensgegenstände gesamt	23.709	-	2.213	-	3.763	22.159	14.848	10.434
Sachanlagen								
Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	70.981	-	1.664	-	1.357	71.288	34.833	34.832
Technische Anlagen und Maschinen	910.289	-	17.689	-	14.182	913.796	200.162	165.977
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	21.206	-	1.132	-	63	22.275	4.561	4.888
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	-	-	-	-	-	-	49.522	43.217
Sachanlagen gesamt	1.002.476	-	20.485	-	15.602	1.007.359	289.078	248.914
Finanzanlagen								
Anteile an verbundenen Unternehmen	567	-	-	-	-	567	2.506	2.494
Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-	19.782	20.248
Beteiligungen	2.079	-	4	-	-	2.083	65.962	65.962
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-	-	-	-	-	10.884	10.117
Wertpapiere des Anlagevermögens	-	-	-	-	-	-	198.319	198.319
Sonstige Ausleihungen	-	-	-	-	-	-	2.000	2.000
Rückdeckungsversicherung	-	-	-	-	-	-	1.510	1.227
Finanzanlagen gesamt	2.646	-	4	-	-	2.650	300.963	300.367
Anlagevermögen gesamt	1.028.831	0	22.702	0	19.365	1.032.168	604.889	559.715

(4) Immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den Immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 14.848 Tsd. € (Vorjahr: 10.434 Tsd. €) handelt es sich im Wesentlichen um Softwareprodukte sowie um geleistete Baukostenzuschüsse.

(5) Sachanlagen

Wesentliche Investitionen im Geschäftsjahr erfolgten in den Ortsnetzbau (6.720 Tsd. €), in Maschinen und maschinelle Anlagen des Netzbereichs (30.871 Tsd. €), in Energieversorgungsleitungen (13.117 Tsd. €) sowie in restliches Sachanlagevermögen (10.879 Tsd. €). Auf Aktivierungen in 2010 entfallen übertragene Zuschüsse in Höhe von 4.101 Tsd. €, die von den Anschaffungs- und Herstellungskosten in Abzug gebracht werden. Die Kapitalzuschüsse umfassen im Wesentlichen Zuschüsse von der öffentlichen Hand. Desweiteren hat die Gesellschaft 5.721 Tsd. € an Kapitalzuschüssen erhalten, die noch nicht auf Anlagen übertragen sind.

(6) Finanzanlagen

	31.12.2010	Vorjahr
	Tsd. €	Tsd. €
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.506	2.494
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	19.782	20.248
Beteiligungen	65.962	65.962
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.884	10.117
Wertpapiere des Anlagevermögens	198.319	198.319
Sonstige Ausleihungen	2.000	2.000
Rückdeckungsversicherung	1.510	1.227
	300.963	300.367

Der Anstieg der **Anteile an verbundenen Unternehmen** ist auf den Erwerb der restlichen 25,10 % der Geschäftsanteile an der WRH, Wasser Ver- und Entsorgung Rhein-Haardt GmbH, Limburgerhof, von der RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH, Mühlheim/Ruhr, zurück zu führen.

Die Veränderung bei den **Ausleihungen an verbundene Unternehmen** resultiert aus Tilgungen von Darlehen durch zwei Gesellschaften in einer Gesamthöhe von 600 Tsd. € und der Übernahme und Gewährung eines neuen Darlehens im Zuge des vorgenannten Anteilerwerbs an der WRH, Wasser Ver- und Entsorgung Rhein-Haardt GmbH, Limburgerhof.

Die Erhöhung bei den **Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, ergibt sich im Wesentlichen auf die Gewährung einer neuen Ausleihung an die pfalzwind GmbH, Wörrstadt, (940 Tsd. €).

Bei den **Wertpapieren des Anlagevermögens** handelt es sich ausschließlich um Anteile an einem Spezialfonds. Im Berichtsjahr gab es keine Zu- oder Verkäufe. Dieses Sondervermögen ist als Gegenposition zu bestehenden und zukünftigen Verpflichtungen - insbesondere aus Pensionsansprüchen - zu verstehen und strebt als Anlageziel eine wertbeständige und auf Ertrag orientierte Anlageform an. Der Marktwert (Inventarwert) beträgt 204.580 Tsd. €. Die positive Differenz zum Buchwert liegt bei 6.261 Tsd. €. Die im Geschäftsjahr 2010 erfolgte Ausschüttung beträgt 6.677 Tsd. €. Es gibt keine Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe. Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB waren nicht erforderlich, da der Marktwert höher als der Buchwert ist.

Für die bestehende **Rückdeckungsversicherung** wird der Rückdeckungsanspruch unter den Finanzanlagen aktiviert. Der Versicherungsanspruch (Rückdeckungsanspruch) und die Pensionsverpflichtung (Pensionsrückstellung) werden getrennt bilanziert. Der Zuwachs ergibt sich ausschließlich aus neu versicherten Personen und aus Vergütungsanpassungen.

Jahresabschluss PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Angaben zum Anteilsbesitz gemäß § 285 Satz 1 Nr. 11 HGB

Anteile an verbundenen Unternehmen	Anteil am Kapital zum 31.12.2010 in %	Eigenkapital Tsd. €	Jahresergebnis Tsd. €
PfalzKom Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Ludwigshafen am Rhein ¹⁾	100,0	3.039	484
Pfalzwerke Projektbeteiligungsgesellschaft mbH, Ludwigshafen/Rhein ²⁾	100,0	353	0
Pfalzwerke geofuture GmbH, Ludwigshafen am Rhein ³⁾	100,0	25	0
Pfalzwerke Netzgesellschaft mbH, Ludwigshafen/Rhein ³⁾	100,0	100	0
Repa GmbH Elektrotechnik, Landau in der Pfalz	100,0	731	156
WRH, Wasser Ver- und Entsorgung Rhein-Haardt GmbH, Limburgerhof	100,0	137	206
FFR Fernwärmeversorgung Flugplatz Ramstein GmbH, Ramstein-Miesenbach ⁴⁾	65,0	2.848	0

¹⁾ Die PfalzKom Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Ludwigshafen/Rhein hält 100,00 % am Kapital der MAnet GmbH, Ludwigshafen am Rhein, (Eigenkapital 2009: 5.510 Tsd. €, Jahresergebnis 2009: 1.443 Tsd. €) 40,00 % am Kapital der TWL-KOM GmbH, Ludwigshafen, (Eigenkapital 2009: 491 Tsd. €, Jahresergebnis 2009: 363 Tsd. €)

²⁾ Die Pfalzwerke Projektbeteiligungsgesellschaft mbH, Ludwigshafen/Rhein hält 100,00 % am Kapital der K-Park Energie GmbH, Ludwigshafen am Rhein (Eigenkapital 2009: 0 Tsd. €, Jahresergebnis 2009: 125 Tsd. €) 100,00 % am Kapital der Biok Biomasse Heizkraftwerk GmbH, Frankenthal (Eigenkapital 2009: 0 Tsd. €, Jahresergebnis 2009: -818 Tsd. €) 100,00 % am Kapital der PFALZSOLAR GmbH, Ludwigshafen am Rhein (Eigenkapital 2009: 98 Tsd. €, Jahresergebnis 2009: - ⁴⁾) 100,00 % am Kapital der Energiepark Westheim GmbH, Ludwigshafen am Rhein (Eigenkapital 2009: 96 Tsd. €, Jahresergebnis 2009: -4 Tsd. €) 51,00 % am Kapital der Kraft Wärme Wörth GmbH, Ludwigshafen am Rhein (Eigenkapital 2009: 164 Tsd. €, Jahresergebnis 2009: - ⁴⁾) 50,00 % am Kapital der NaturEnergie Rockenhauser Land GmbH (NERo), Rockenhausen (Gesellschaft wurde am 21.07.2010 gegründet) 49,00 % am Kapital der Neue Energie Pfälzer Bergland GmbH, Kusel (Eigenkapital 2009: 14 Tsd. €, Jahresergebnis 2009: -32 Tsd. €) 48,98 % am Kapital der BESTEC GmbH, Kandel (Eigenkapital 2009: 1.128 Tsd. €, Jahresergebnis 2009: 414 Tsd. €) 44,90 % am Kapital der Neue Energie Donnersbergkreis GmbH, Kircheimbolanden (Gesellschaft wurde am 01.06.2010 gegründet) 40,00 % am Kapital der BioEnergie Maikammer GmbH, Maikammer (Die Gesellschaft wurde am 07.12.2009 gegründet; erster Abschluss für Geschäftsjahr 2010) 18,30 % am Kapital der BioEnergie Südpfalz GmbH & Co. KG, Freckenfeld (Eigenkapital 2009: 2.168 Tsd. €, Jahresergebnis 2009: -42 Tsd. €)

³⁾ Auf Grund eines Ergebnisabführungsvertrages weist die Gesellschaft ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus.

⁴⁾ Unterlassen der Angabe des Jahresergebnisses nach § 286 Abs. 3 Nr. 2 HGB.

Jahresabschluss PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Beteiligungen	Anteil am Kapital zum 31.12.2010 in %	Eigenkapital ¹⁾ Tsd. €	Jahresergebnis ¹⁾ Tsd. €
Pfalzgas GmbH, Frankenthal	50,00	42.968	6.871
MANUS GmbH i.L., Ludwigshafen/Rhein	50,00	692	-20
geo x GmbH, Landau i.d. Pfalz ²⁾	50,00	142	-1.032
pfalzwind GmbH, Wörrstadt	50,00	0	-1.848
VOLTARIS GmbH, Maxdorf	50,00	2.887	1.415
prego services GmbH Saarbrücken	37,45	8.696	2.025
FAMIS Gesellschaft für Facility Management und Industrieservice mbH, Saarbrücken	37,45	14.371	2.576
Stadtwerke Neustadt an der Weinstraße GmbH, Neustadt an der Weinstraße ³⁾	24,90	27.187	-
Stadtwerke Bliestal GmbH, Blieskastel ³⁾	23,495	10.414	-
Wärme-Service-Zweibrücken GmbH (WSZ), Zweibrücken ⁴⁾	24,50	518	-
Stadtwerke Lambrecht (Pfalz) GmbH, Lambrecht (Pfalz) ³⁾	20,00	3.927	-
Stadtwerke St. Ingbert GmbH, St. Ingbert ³⁾	12,55	34.248	-
Stadtwerke Frankenthal GmbH, Frankenthal ³⁾	10,00	21.391	-

¹⁾ Sämtliche Angaben aus dem Vorjahresabschluss.

²⁾ Angaben aus dem ungeprüften Vorjahresabschluss.

³⁾ Auf Grund eines Ergebnisabführungsvertrages weist die Gesellschaft kein Jahresergebnis aus.

⁴⁾ Unterlassen der Angabe des Jahresergebnisses nach § 286 Abs. 3 Nr. 2 HGB.

Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, hat einen Konzernabschluss nach § 290 ff. HGB erstellt. Dieser wird beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht und veröffentlicht.

(7) Vorräte

	31.12.2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	197	197
Nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen	4.625	4.053
	4.822	4.250

(8) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	183.959	194.206
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	56.628	49.207
- davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(10.106)	(18.895)
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.326	5.104
- davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(6.399)	(4.594)
Sonstige Vermögensgegenstände	40.996	38.805
- davon Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(15.580)	(13.602)
	288.909	287.322

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen**, die vorwiegend aus Stromlieferungen resultieren, ergeben sich wie folgt:

	31.12.2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Forderungen aus Energielieferungen und aus anderen Liefer- und Leistungsgeschäften	306.596	309.536
erhaltene Abschlagszahlungen	- 122.637	- 115.330
	183.959	194.206

Für die erst nach Durchführung der Jahresverbrauchsabrechnung in genauer Höhe feststehenden Forderungen aus Stromlieferungen an Privat- und Gewerbekunden sind sorgfältig geschätzte Beträge angesetzt.

Der Rückgang bei den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** steht in direktem Zusammenhang mit der Reduzierung des Handelsvolumens von physischen Produkten.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** umfassen Forderungen aus Darlehen, Steuerguthaben, Zinsabgrenzungen und geleisteten Anzahlungen. Zwei Kapitalbriefe wurden neu abgeschlossen (12.000 Tsd. €); drei Kapitalbriefe waren zur Rückzahlung fällig (13.000 Tsd. €). Die Forderungen aus Kapitalbriefen bestehen gegenüber Kreditinstituten. Die Forderungen aus Ertragsteuern betragen 17.873 Tsd. € (Vorjahr: 19.669 Tsd. €). Sie beinhalten im Wesentlichen den Barwert des Körperschaftsteuerguthabens gemäß § 37 KStG zum 31. Dezember 2010 (11.157 Tsd. €) sowie den Erstattungsanspruch gegenüber dem Finanzamt auf Grund der Steuerberechnungen 2009 und 2010.

(9) Wertpapiere

Unter diesem Posten sind seit dem Berichtsjahr 2010 ausschließlich **Sonstige Wertpapiere** mit 73.933 Tsd. € (Vorjahr: 58.406 Tsd. €), insbesondere Anleihen, Aktien und Zertifikate, ausgewiesen. Nach dem BilMoG ist ein aktivischer Ausweis **Eigener Aktien** mit korrespondierendem Ausweis einer Rücklage für eigene Anteile nicht mehr zulässig. Entsprechend der Neufassung des § 272 HGB wurde der Ausweis der Eigenen Aktien angepasst.

(10) Flüssige Mittel

	31.12.2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Kassenbestand	43	40
Guthaben bei Kreditinstituten	77.513	77.555
	77.556	77.595

(11) Rechnungsabgrenzungsposten

Der Gesamtbetrag von 2.157 Tsd. € (Vorjahr: 687 Tsd. €) umfasst im Voraus geleistete Auszahlungen in Höhe von 2.087 Tsd. €, den Disagio-Anteil eines Bankdarlehens (49 Tsd. €) sowie Gestattungsgebühren aus einem Forstrahmenvertrag (21 Tsd. €).

(12) Gezeichnetes Kapital

	31.12.2010	Vorjahr
	Tsd. €	Tsd. €
Stammaktien		
Inhaberaktien (1.703.680 Stück)	87.478	87.478
Namensaktien (53.240 Stück)	2.732	2.732
Stimmrechtslose Vorzugsaktien (112.772 Stück)	5.790	5.790
Rechnerischer Wert eigener Anteile	-1.525	0
<i>Ausgegebenes Kapital</i>	94.475	96.000

Das Grundkapital der Gesellschaft ist eingeteilt in 1.869.692 nennwertlose Stückaktien.

Die ausgegebenen Urkunden über Nennbetragsaktien bleiben gültig, wobei jede Nennbetragsaktie über ursprünglich 1.000 DM zehn Stückaktien bzw. jede Nennbetragsaktie über ursprünglich 100 DM eine Stückaktie verbrieft.

Bei den **stimmrechtslosen Vorzugsaktien** handelt es sich um vinkulierte Namensaktien, die mit einer garantierten Vorzugsdividende von 2,80 € je Stückaktie ausgestattet sind.

Auf Grund der Neuregelung des BilMoG ist gemäß § 272 Abs. 1a HGB der **rechnerische Wert eigener Anteile** offen von dem Posten Gezeichnetes Kapital abzusetzen.

(13) Gewinnrücklagen

	Stand am 01.01.2010	Entnahmen	Änderungen lt. BilMoG	Einstellungen	Stand am 31.12.2010
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Gesetzliche Rücklage	6.642	0	0	0	6.642
Rücklage für eigene Anteile	3.018	0	- 3.018	0	0
Andere Gewinnrücklagen	69.549	- 32	1.498	0	71.015
	79.209	- 32	- 1.520	0	77.657

Gemäß der Neuregelung des BilMoG ist nach § 272 Abs. 1a HGB der **rechnerische Wert** der im Umstellungszeitpunkt aktivisch ausgewiesenen eigenen Anteile (1.498 Tsd. €) offen vom Posten Gezeichnetes Kapital abzusetzen und der übersteigende Betrag (1.520 Tsd. €) mit den anderen Gewinnrücklagen zu verrechnen. Die **Rücklage für eigene Anteile** (3.018 Tsd. €) ist aufzulösen und wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt. Somit ergibt sich insgesamt eine Erhöhung der anderen Gewinnrücklagen von 1.498 Tsd. €.

Die **anderen Gewinnrücklagen** sind in Höhe von 1.525 Tsd. € auf Grund eigener Aktien ausschüttungsgesperrt (§ 57 Abs. 1 AktG).

Auf Grund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 28. April 2009 (gültig bis 27. Oktober 2010, aufgehoben am 4. Mai 2010) und der neuen Ermächtigung, erteilt auf der Hauptversammlung vom 4. Mai 2010 (gültig bis 3. November 2011), hat die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, im Zeitraum vom 01. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010 insgesamt 539 Stück eigene stimmrechtslose Vorzugsaktien von ausgeschiedenen Mitarbeitern zum Durchschnittskurs von 110,50 € im Nominalwert von 27.675,15 € (0,03 % des Grundkapitals) erworben.

Am 31. Dezember 2010 befinden sich 29.709 Stück stimmrechtslose eigene Vorzugsaktien im Nominalwert von 1.525.419,16 € (1,59 % des Grundkapitals) im Bestand.

(14) Bilanzgewinn

	31.12.2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Jahresüberschuss	16.560	17.763
Gewinnvortrag	1	2
Entnahme aus Gewinnrücklage wegen Erwerb eigener Anteile	32	58
Ertrag aus offener Absetzung des rechnerischen Wertes eigener Anteile	27	0
Aufwand aus Erwerb eigener Anteile	- 60	0
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	0	1.258
Bilanzgewinn	16.560	16.565

(15) Empfangene Ertragszuschüsse

	2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Stand am Jahresanfang	46.772	50.107
Zugang	1.952	2.615
Auflösung	5.700	- 5.950
Stand am Jahresende	43.024	46.772

Die **empfangenen Ertragszuschüsse** wurden von Kunden für Energieversorgungsanschlüsse geleistet.

Die Bildung eines Sonderpostens für die Investitionszuschüsse erfolgt in Höhe des auf den jeweiligen Vermögensgegenstand entfallenden (Teil des) Zuschussbetrages („passivischer Bruttoausweis“) mit übereinstimmender Abschreibung des Vermögensgegenstandes und Auflösung des Sonderpostens.

(16) Rückstellungen

	31.12.2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	364.522	357.917
Steuerrückstellungen	10.230	10.020
Sonstige Rückstellungen	221.956	197.628
	596.708	565.565

Unter Inanspruchnahme des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird der sich aus der Änderung der Rückstellungsbilanzierung nach §§ 249 Abs. 1 Satz 1, 253 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 HGB durch das BilMoG ergebende Zuführungsbetrag bei den **Rückstellungen für Pensionen** (Versorgungsordnung I bis IV) über den Höchstzeitraum von 15 Jahren verteilt. Im Berichtsjahr wurden 1/15 des Zuführungsbetrages der Pensionsrückstellung zugeführt (1.051 Tsd. €). Die Aufwendungen aus der Zuführung sind nach Art. 67 Abs. 7 EGHGB gesondert im Posten außerordentliche Aufwendungen ausgewiesen. Der in Zukunft noch anzusammelnde Betrag (Unterdeckung) beträgt 14.714 Tsd. € (Art. 67 Abs. 2 EGHGB). Die unter der Position Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen enthaltene Rückstellung für Deputate wurde dagegen im Berichtsjahr in Höhe von 346 Tsd. € voll auf den sich nach neuen Bewertungsvorschriften ergebenden Wert zugeführt.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** entwickelten sich wie folgt:

	2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Stand am Jahresanfang	357.917	354.855
Vermögensübertragung	- 140	1
Inanspruchnahme	- 22.250	- 22.008
Zuweisung	28.995	25.069
- davon außerordentlicher Aufwand lt. BilMoG	1.397	0
Stand am Jahresende	364.522	357.917

Die **Sonstigen Rückstellungen** stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

	31.12.2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Personalbereich	14.384	15.658
- davon außerordentlicher Aufwand lt. BilMoG	256	0
Liefer- und Leistungsgeschäfte	137.302	117.934
Unterlassene Instandhaltung	13.600	21.483
Übrige Verpflichtungen	56.670	42.553
	221.956	197.628

Die in den **sonstigen Rückstellungen** enthaltene Überdeckung aus Zinseffekten beträgt nach Art. 67 Abs. 1 Satz 4 EGHGB zum 31. Dezember 2010 3.016 Tsd. €. Der außerordentliche Aufwand in Höhe von 256 Tsd. € ergibt sich aus der, nach neuen Bewertungsvorschriften notwendigen, Zuführung zu den Rückstellungen für Früherbestand.

Wesentliche Positionen innerhalb der **Liefer- und Leistungsgeschäfte**:

	31.12.2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Energiebezug Pfalzwerke-Gebiet	119.440	102.524
EEG Weiterverteiler und Regenerative Energieeinspeiser	1.796	2.070
Übrige	16.066	13.340
	137.302	117.934

(17) Verbindlichkeiten

Art der Verbindlichkeit	31.12.2010	davon mit einer Restlaufzeit			Vorjahr gesamt
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis zu 5 Jahren	über 5 Jahre	
Werte in Tausend Euro					
Genussscheinkapital	1.457	-	695	762	1.457
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	64.799	1.639	47.259	15.901	65.737
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	7.789	7.048	741	-	5.161
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	25.417	25.417	-	-	26.392
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	30.321	27.821	-	2.500	27.086
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	22.739	5.239	16.000	1.500	13.074
- davon Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(4.138)				(535)
Sonstige Verbindlichkeiten	68.362	53.383	463	14.516	45.017
- davon aus Steuern	(35.783)				(20.436)
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(2.801)				(3.288)
- davon aus Mehrerlösabschöpfung gg. verbundenen Unternehmen	(5.120)				(10.240)
	220.884	120.547	65.168	35.179	183.924

Die **Genussscheine**, die im Rahmen des Erwerbs von Ortsnetzen in den Jahren 1988 bis 1997 ausgegeben wurden, lauten auf einen Nennbetrag von je 10.000 DM. Es handelt sich um 285 Namenspapiere mit 20-jähriger Laufzeit, die nicht in den Börsenhandel einbezogen sind. Die Verzinsung erfolgt dividendenabhängig.

Von den **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind Darlehen in einer Höhe von 21.800 Tsd. € (Vorjahr: 22.100 Tsd. €) durch Verpfändung von Wertpapieren und Konten vollständig besichert. Die übrigen **Verbindlichkeiten** sind bis auf die üblichen Eigentumsvorbehalte unbesichert.

Bei den **Erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen** handelt es sich größtenteils um Anzahlungen von Kunden aus dem Strom- und Gasbereich im Zusammenhang mit unserer Vertriebsplattform 1:2:3energie.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenden Unternehmen** ergeben sich im Wesentlichen aus Verpflichtungen gegenüber der Pfalzwerke Netzgesellschaft mbH, Ludwigshafen am Rhein, aus der Ergebnisübernahme sowie aus einem Darlehen.

Die Veränderung in den **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, beruht im Wesentlichen auf der Aufnahme eines weiteren langfristigen Darlehens (6.000 Tsd. €) von sowie der stichtagsbedingten Erhöhung von Lieferantenverbindlichkeiten gegenüber der prego services GmbH, Saarbrücken, in Höhe von 3.455 Tsd. €.

Die Erhöhung bei den **Sonstigen Verbindlichkeiten** ergibt sich im Wesentlichen durch noch nicht abgeführte Strom-, Erdgas- und Umsatzsteuer sowie der Begebung von Klimaschutzzertifikaten im Rahmen unseres Engagements für den Klimaschutz.

(18) Haftungsverhältnisse nach § 251 i.V.m. § 268 Abs. 7 HGB

	31.12.2010	Vorjahr
	Tsd. €	Tsd. €
Bürgschaften/Garantien/Sicherheitsleistungen ¹⁾	24.063	23.539
Haftungsverhältnisse aufgrund Patronatserklärungen ²⁾	638	638
	24.701	24.177

¹⁾ Die Garantien sind mit jährlichen Höchstbeträgen berücksichtigt.

²⁾ Gegenüber der prego services GmbH, Saarbrücken, der VOLTARIS GmbH, Maxdorf, der Pfalzwerke Projektbeteiligungsgesellschaft mbH, Ludwigshafen/Rhein, und Tochtergesellschaften der Pfalzwerke Projektbeteiligungsgesellschaft mbH, Ludwigshafen/Rhein, bestehen Patronatserklärungen mit einem nicht quantifizierten Höchstbetrag.

Das Risiko der Inanspruchnahme der hier ausgewiesenen Posten ist zu gering um sie als Rückstellungen zu passivieren.

(19) Nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommene Geschäfte nach § 285 Nr. 21 HGB

Wesentliche nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommene Geschäfte mit nahestehenden, nicht vollkonsolidierten Unternehmen und Personen nach § 285 Nr. 21 HGB liegen im Berichtsjahr bei der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, nicht vor.

(20) Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte nach § 285 Satz 1 Nr. 3 HGB

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte gemäß § 285 Abs. 1 Nr. 3 HGB betreffen Verpflichtungen aus Leasing- und Mietverträgen in Höhe von 6.678 Tsd. € (Vorjahr: 5.795 Tsd. €). Die Angaben beziehen sich grundsätzlich auf die Gesamtlaufzeiten der Verträge.

Bei den nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften gemäß § 285 Satz 1 Nr. 3 HGB handelt es sich um Verpflichtungen aus KFZ-Leasingverträgen und Mietverträgen für IT-Hardware. Diese Verträge stellen eine Finanzierungsalternative dar, durch die im Wesentlichen eine Liquiditäts- und Eigenkapitalschonung erreicht wird. Ein Risiko besteht darin, dass die geleasten und gemieteten Gegenstände nicht benötigt werden. Eine Chance besteht darin, dass die Kapitalbindung vermieden wird und durch die Mietverträge das wirtschaftliche Risiko nicht auf die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, übergeht.

(21) Sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Satz 1 Nr. 3 a HGB

Im Rahmen ihrer gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Abs. 1 Nr. 3 a HGB eingegangen. Diese ergeben sich aus dem Bestellobligo aus begonnenen Investitionsprojekten in Höhe von 23.551 Tsd. € (Vorjahr: 25.123 Tsd. €). Die Angaben beziehen sich grundsätzlich auf die Gesamtlaufzeiten der Verträge.

(22) Derivative Finanzinstrumente

Angaben nach § 285 Nr. 19 HGB:

Bei den bilanzierten Finanzinstrumenten stellen die ausgewiesenen Beträge der finanziellen Vermögenswerte und Schulden das maximale Bonitäts- oder Ausfallrisiko dar. Soweit bei den finanziellen Vermögenswerten Ausfall-/Kursrisiken erkennbar sind, werden diese Risiken durch Wertberichtigungen erfasst. Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten sind in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Bei den bilanzierungspflichtigen Commodity-Stromderivaten handelt es sich um Derivate, die zu Eigenhandelszwecken gehalten werden. Nicht berücksichtigt sind Warentermingeschäfte, die abgeschlossen wurden, um einen physischen Bedarf des Unternehmens aus zukünftigen Energielieferverpflichtungen abzudecken.

In der folgenden Tabelle sind das Nominalvolumen und die Marktwerte der eingesetzten Commodity-Stromderivate wiedergegeben:

Bewertungseinheit: Unbedingte Stromgeschäfte				
			Tsd. €	Tsd. €
Commodity/Portfolio	Produktart	Restlaufzeit	Nominalwert	Marktwert/beizulegender Wert ¹⁾
Strom	Forwards	<= 1 Jahr	519.724	1.208
	Forwards	> 1 Jahr	211.355	355
Sicherungsvolumen			731.079	1.563

Bewertungseinheit: Bedingte Stromgeschäfte				
			Tsd. €	Tsd. €
Commodity/Portfolio	Produktart	Restlaufzeit	Nominalwert ²⁾	Marktwert/beizulegender Wert ¹⁾
Strom	Optionen ³⁾	< 1 Jahr	821	- 9
Sicherungsvolumen			821	- 9

¹⁾ Der beizulegende Zeitwert ergibt sich aus einer Mark-to-market-Ermittlung der offenen Positionen zum Bilanzstichtag und berücksichtigt zusätzlich Gewinne und Verluste aus geschlossenen Positionen.

²⁾ Nominalwert der Optionsprämie.

³⁾ Für den negativen Marktwert bei den Optionen wurde eine Drohverlustrückstellung gebildet.

Die zinsbezogenen Geschäfte betreffen Zinsswaps mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Die Nominalwerte der bei der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, eingesetzten Zinssicherungsgeschäfte (Swaps) betragen 4.875 Tsd. € bzw. 40.000 Tsd. €. Die Marktwerte (beizulegende Werte) zum Bilanzstichtag betragen 371 Tsd. € bzw. 1.662 Tsd. €. Diese wurden nach anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt.

§ 285 Nr. 23 HGB: Bewertungseinheiten Vertrieb

Im Rahmen unserer allgemeinen Geschäftstätigkeit verkaufen wir Energie mit zukünftigem Lieferdatum an Endverbraucher. Bei den schwebenden Geschäften handelt es sich um physisch zu erfüllende Waretermingeschäfte (Sicherungsgeschäft), die der Marktpreissicherung für zukünftige Energielieferverpflichtungen (Grundgeschäft) dienen und mit diesen Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB bilden.

Im Geschäftsfeld der Industriekunden werden die Energiebezugspreise durch Back-to-back-Beschaffung abgesichert, d. h. zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses werden die Liefermengen eingedeckt, die mit dem Kunden vereinbart sind (Portfolio-Hedge). Preisrisiken sind damit dem Grunde nach ausgeschlossen. Mengenrisiken aus Lieferverträgen werden über Toleranzbandregelungen minimiert. Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung (100 %) wird durch die Critical Term Match-Methode nachgewiesen. Diese unterstellt eine vollständige Risikoabsicherung, wenn bestimmte Kriterien beim Grundgeschäft und beim Sicherungsinstrument übereinstimmen.

Für die Liefermengen an Privat- und Gewerbekunden (mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen) erfolgt eine strukturierte Beschaffung (Tranchenmodell), wobei auch zukünftige Prognosedaten für Energieliefermengen in branchenüblichen Zeiträumen (maximal bis 2014) berücksichtigt werden (Portfolio-Hedge). Zur Effektivitätsmessung der Bewertungseinheit wurden statistische Korrelationsverfahren herangezogen.

Das Strompreisänderungsrisiko aus schwebenden und mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Lieferverträgen (Grundgeschäft) wird durch den Erwerb von Beschaffungsgeschäften abgesichert.

Die Geschäftsleitung beabsichtigt, diese Bewertungseinheiten bis zum Zeitpunkt der Energielieferung aufrecht zu halten. Der in den Grundgeschäften abgesicherte Strompreisanteil beträgt 617.980 Tsd. €. Da das abgesicherte Risiko aus geschlossenen Positionen keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hat, wird auf dessen Quantifizierung verzichtet.

§ 285 Nr. 23 HGB: Bewertungseinheiten Eigenhandel

Neben der Beschaffungsoptimierung im Vertriebsgeschäft ist der Handel von Commodity-Derivaten zur Erzielung von Handelsgewinnen in engen, klar definierten Grenzen gestattet. Der Eigenhandel erfolgt limitiert und wird durch eine vom Handel getrennte Organisationseinheit, das Risikocontrolling, überwacht.

Eine Gewinnerzielung im jeweiligen Handelsportfolio wird durch den Abschluss von Gegengeschäften (Glattstellung) erreicht. Die Glattstellung der Position ist nur mit gleichen oder gleichartigen Produkten des jeweiligen Commodity, die der gleichen Risikoart unterliegen, möglich. Durch die kompensatorische Wirkung von Short- und Long-Positionen werden die Risiken aus Marktpreisänderungen abgesichert (Portfolio-Hedge). Die Effektivität der Bewertungseinheit (Portfolioansatz) wird mittels einer Mark-to-market-Bewertung belegt und beträgt 100 %. Auf diese Weise wird die kompensatorische Wirkung der Marktwerte aller Short- und Long-Positionen innerhalb eines Portfolios aufgezeigt und sichergestellt.

Der Betrag des Grundgeschäftes (366.920 Tsd. €) wird durch das Sicherungsgeschäft abgesichert. Hinsichtlich der Höhe des abgesicherten Risikos verweisen wir auf die Ausführungen zu den Bewertungseinheiten im Vertriebsgeschäft.

Physisch zu erfüllende Geschäfte werden bei Glattstellung bis zur Energielieferung im Handelsportfolio weitergeführt (bis 2013). Eine Teildesignation von Sicherungsinstrumenten in Form einer Entnahme von derivativen Finanzinstrumenten aus dem Handelsportfolio vor deren physischer oder finanzieller Realisation ist entsprechend der Risikostrategie des Unternehmens und Zielsetzung des Handelsbestandes nicht gestattet.

§ 285 Nr. 23 HGB: Bewertungseinheiten Zinssicherungsgeschäfte

Zur Absicherung von Zinsrisiken aus dem variabel verzinsten Schuldscheindarlehen (Grundgeschäft) in Höhe von 40.000 Tsd. € (zum Ultimo 2010) hat die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, einen Zinsswap (Sicherungsgeschäft) zum 15. Januar 2009 abgeschlossen. Durch den Zinsswap werden die halbjährlichen, variablen Zahlungsströme in halbjährliche, fixe Zahlungsströme in Höhe von 4,73 % p.a. umgewandelt (Mikro-Hedge). Der Nominalwert, die Tilgungsstruktur und die Laufzeit entsprechen dabei jenen des Schuldscheindarlehens. Die deckungsgleiche Abstimmung (vollumfänglicher Ausgleich der gegenläufigen Zahlungsstromänderungen) des Zinsswaps auf das Schuldscheindarlehen besitzt einen reinen Absicherungscharakter.

Zur Absicherung von Zinsrisiken aus dem variabel verzinsten Investitionsdarlehen (Grundgeschäft) in Höhe von 4.875 Tsd. € (zum Ultimo 2010) hat die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, einen Zinsswap (Sicherungsgeschäft) zum 13. Oktober 2006 abgeschlossen. Durch den Zinsswap werden die vierteljährlichen, variablen Zahlungsströme in vierteljährliche, fixe Zahlungsströme in Höhe von 4,60 % p.a. umgewandelt (Mikro-Hedge). Der Nominalwert, die Tilgungsstruktur und die Laufzeit entsprechen dabei jenen des Investitionsdarlehens. Die deckungsgleiche Abstimmung (vollumfänglicher Ausgleich der gegenläufigen Zahlungsstromänderungen) des Zinsswaps auf das Darlehen besitzt einen reinen Absicherungscharakter.

In beiden Fällen wird die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung (100 %) über die Critical Term Match-Methode ermittelt und nachgewiesen.

Gewinn-und-Verlustrechnung

(23) Umsatzerlöse

	2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Umsatzerlöse aus Strom- und Gaslieferungen einschließlich Strom- und Erdgassteuer	1.415.273	1.485.885
Strom- und Erdgassteuer	- 71.455	- 51.726
Umsatzerlöse aus Strom- und Gaslieferungen ohne Strom- und Erdgassteuer	1.343.818	1.434.159
Sonstige Umsatzerlöse	157.224	152.985
Umsatzerlöse	1.501.042	1.587.144

Die **Umsatzerlöse aus Strom- und Gaslieferungen** enthalten auch Erträge aus der ratierlichen Auflösung von empfangenen Ertragszuschüssen. Unter den Umsatzerlösen sind wegen des rollierenden Systems bei der Jahresverbrauchsabrechnung neben tatsächlich abgerechneten Erlösen auch Schätzwerte ausgewiesen. Aus der tatsächlichen Abrechnung der Energielieferungen ergeben sich periodenfremde Umsatzerlöse in Höhe von 4.736 Tsd. € (davon periodenfremde Gutschriften aus Strombezug in Höhe von 3.238 Tsd. € (Vorjahr: 5.510 Tsd. €) sowie periodenfremde Erlösminderungen in Höhe von 1.080 Tsd. € (Vorjahr: 1.085 Tsd. €)).

In den **Sonstigen Umsatzerlösen** sind Erlöse aus der Netzpacht und aus den Netzdienstleistungen gegenüber der Pfalzwerke Netzgesellschaft mbH, Ludwigshafen/Rhein, sowie Erlöse aus dem Wärme-, Wasser- und Dienstleistungsbereich mit Dritten, enthalten.

(24) Erhöhung (im Vorjahr Verminderung) des Bestands an nicht abgerechneten Lieferungen und Leistungen

Die Veränderung ergibt sich als Differenz zwischen den an den Bilanzstichtagen vorhandenen Beständen von noch nicht abgerechneten Aufträgen für fremde Rechnung und von den zum Verkauf bestimmten Grundstücken.

(25) Andere aktivierte Eigenleistungen

In dieser Position sind aktivierte Löhne und Gemeinkosten für Investitionsprojekte mit Schwerpunkt im Netzbereich enthalten. Diese betreffen im Wesentlichen die Verlegung von 110 kV- und 20 kV-Leitungen sowie den Bau von Umspann- und Schaltwerken.

(26) Sonstige betriebliche Erträge

	2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Erträge aus Konzernverrechnung	17.683	16.915
Weiterberechnete Leistungen	11.043	9.812
sonstige periodenfremde Erträge	6.214	1.196
Mieterträge	3.253	3.265
periodenfremde Erträge aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen	2.455	27.230
Vereinnahmung von Kapitalzuschüssen	2.421	1.327
periodenfremde Erträge aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	558	2.901
Übrige Erträge	7.773	11.739
	51.400	74.385

Bei den **Erträgen aus Konzernverrechnung** handelt es sich um die Weiterberechnung von Konzessionsabgaben an die Pfalzwerke Netzgesellschaft mbH, Ludwigshafen/Rhein.

(27) Materialaufwand

	2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.312.114	1.398.167
Aufwendungen für bezogene Leistungen	30.110	29.766
	1.342.224	1.427.933

Die **Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren** betreffen überwiegend den Energiebezug für das Strom- und Gasgeschäft sowie den Stromhandel. Der Rückgang steht in direktem Zusammenhang mit der Reduzierung des Handelsvolumens von physischen Produkten.

Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** enthalten im Wesentlichen Fremdlieferungen und -leistungen, z.B. für Instandhaltungsmaßnahmen oder fremdbezogene Dienstleistungen.

(28) Personalaufwand

	2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Löhne und Gehälter	40.521	40.224
Soziale Abgaben	6.772	6.153
Aufwendungen für Altersversorgung	3.963	9.785
	51.256	56.162

Die Veränderung bei den **Aufwendungen für Altersversorgung** resultiert überwiegend aus den im Berichtsjahr deutlich gesunkenen Beiträgen zum Pensions-Sicherungs-Verein aG sowie aus geringeren Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen.

(29) Abschreibungen

	2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	2.213	2.327
Abschreibungen auf Sachanlagen	20.250	25.450
Abschreibungen geringwertiger Anlagegüter	235	156
	22.698	27.933

Die Abschreibungen repräsentieren den tatsächlichen Werteverzehr des Anlagevermögens und beinhalten auch Anpassungen im Zusammenhang mit der Überprüfung der wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen.

(30) Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Fremdlieferungen und -leistungen	28.774	27.071
Konzessionsabgaben	17.683	16.915
Zuführung zur Rückstellung für gesetzliche und vertragliche Risiken	10.298	22.554
sonstige periodenfremde Aufwendungen	6.226	7.390
Wertberichtigungen auf Forderungen	3.387	9.818
Rechts- und Beratungskosten	1.858	2.277
Übrige Aufwendungen	18.177	15.397
	86.403	101.422

In den **Wertberichtigungen auf Forderungen** sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 2.333 Tsd. € (Vorjahr: 7.109 Tsd. €) enthalten.

In den **Übrigen Aufwendungen** sind übertragene Baukostenzuschüsse in Höhe von 5.570 Tsd. € (Vorjahr: 5.814 Tsd. €) und sonstige Steuern in Höhe von 170 Tsd. € (Vorjahr: 301 Tsd. €) enthalten.

Das **Finanzergebnis** setzt sich aus dem **Beteiligungs-** und dem **Zinsergebnis** zusammen.

(31) Beteiligungsergebnis

	2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Erträge aus Beteiligungen	10.094	8.860
- davon aus verbundenen Unternehmen	(2.065)	(2.198)
Aufwendungen aus Verlustübernahme	- 26.079	- 24.244
	- 15.985	- 15.384

In den **Aufwendungen aus Verlustübernahme** sind Verluste auf Grund von Ergebnisabführungsverträgen mit der Pfalzwerke Netzgesellschaft mbH, Ludwigshafen/Rhein, sowie mit der Pfalzwerke geofuture GmbH, Ludwigshafen am Rhein, enthalten.

(32) Zinsergebnis

	2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	8.125	12.266
- davon aus verbundenen Unternehmen	(999)	(1.014)
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.123	4.626
- davon aus verbundenen Unternehmen	(1.934)	(824)
Abschreibungen auf Finanzanlagen	- 4	- 517
Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	- 2.430	- 627
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 29.117	- 25.165
- davon an verbundene Unternehmen	(- 327)	(- 285)
	- 16.303	- 9.417

Der Posten **Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens** enthält vorwiegend Erträge aus Fonds-Anteilen und sonstigen Darlehen. Zinserträge in Höhe von 447 Tsd. € (Vorjahr: 702 Tsd. €) resultieren aus Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Bei den unter **Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge** ausgewiesenen Beträgen handelt es sich insbesondere um Zinserträge aus der Anlage liquider Mittel in Festgelder und Wertpapiere des Umlaufvermögens.

Die **Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens** resultieren aus den zum Bilanzstichtag anzusetzenden niedrigeren beizulegenden Werten.

Die **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** beinhalten den Zinsanteil in Höhe von 24.482 Tsd. € (Vorjahr: 19.626 Tsd. €) aus der Zuführung zur Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (Aufwendungen aus der Aufzinsung) sowie zu den Rückstellungen für Arbeitnehmerjubiläen, Vorruhestandsleistungen und Frühruhestand. Der Zinsänderungseffekt bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen beträgt 5.002 Tsd. €.

(33) Außerordentliches Ergebnis / Außerordentlicher Aufwand

Bei Ausübung des Beibehaltungswahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB sind Aufwendungen aus der Zuführung zu Rückstellungen nach Art. 67 Abs. 7 EGHGB gesondert im Posten **außerordentliche Aufwendungen** auszuweisen (1.653 Tsd. €). Hiervon entfallen 1.051 Tsd. € auf die Zuführung zu den Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen nach den Versorgungsordnungen I bis IV, 346 Tsd. € auf die Zuführung zur Rückstellung für Deputate sowie 256 Tsd. € auf die Zuführung zu den Rückstellungen für Frühruhestand.

(34) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2010 Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Körperschaftsteuer	3.956	8.966
- davon aus Vorjahren	(598)	(5.118)
Gewerbsteuer	3.770	4.046
- davon aus Vorjahren	(398)	(179)
	7.726	13.012

In den Aufwendungen für **Körperschaftsteuer** ist auch der Solidaritätszuschlag mit 174 Tsd. € enthalten (Vorjahr: 202 Tsd. €).

Auf die Berechnung einer gesonderten Steuerumlage im Rahmen der körperschaft- und gewerbesteuerlichen Organschaften mit Tochtergesellschaften wurde verzichtet.

(35) Kapitalflussrechnung

	2010	Vorjahr
	Tsd. €	Tsd. €
1. Jahresüberschuss	16.560	17.763
2. + Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	22.703	28.450
3. +/- Zunahme/Abnahme der langfristigen Rückstellungen	4.154	- 32
4. - Sonstige zahlungsunwirksame Erträge	- 1.408	- 4.217
4a = Brutto-Cash Flow	42.009	41.964
4b +/- Zunahme/Abnahme der kurzfristigen Rückstellungen	26.989	- 12.655
5. - Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 412	- 2.805
6. - Zunahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 21.555	- 26.037
7. + Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	27.327	52.645
8. = Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	74.358	53.112
9. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	1.349	2.597
10. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 61.587	- 46.790
11. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0	0
12. - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 6.627	- 6.473
13. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	779	84.492
14. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	- 1.379	- 6.527
15. = Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	- 67.465	27.299
15a = Netto-Cash Flow (Summe der Zeilen 8 und 15)	6.893	80.411
16. - Dividendenausschüttung	- 16.565	- 16.570
17. + Einzahlung aus der Aufnahme von Krediten	11.139	57.771
18. - Auszahlung für die Tilgung von Krediten	- 1.506	- 47.017
19. = Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-6.932	- 5.816
20. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 8, 15 und 19)	- 39	74.595
21. + Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	77.595	3.000
22. = Finanzmittelfonds am Ende der Periode	77.556	77.595

Der Finanzmittelfonds beinhaltet die in der Bilanz ausgewiesenen flüssigen Mittel.

(36) Aktivitäten-Abschlüsse

Der nach § 7 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) geforderten rechtlichen Entflechtung wurde durch die Gründung der Pfalzwerke Netzgesellschaft mbH, Ludwigshafen/Rhein, als Nachfolger der Tätigkeit "Stromverteilung" entsprochen. Das Eigentumsrecht an den Elektrizitätsversorgungsnetzen verbleibt bei der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein. Der nach § 10 EnWG geforderten Entflechtung im internen Rechnungswesen wurde im Aktivitätenabschluss der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, als weiterhin vertikal integriertes Unternehmen, durch die Abgrenzung „Nutzung eines Eigentumsrechts der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT" sowie "Sonstige Aktivitäten" innerhalb der Sparte Strom und "Sonstige Aktivitäten" innerhalb der Sparte Gas entsprochen.

(37) Anzahl der Arbeitnehmer (Stammebelegschaft) im Jahresdurchschnitt

	2010	Vorjahr
Angestellte	448	436
Gewerbliche Arbeitnehmer	164	166
Stammebelegschaft	612	602

(38) Abschlussprüferhonorare

Die Angaben zu den Honoraren der Abschlussprüfer erfolgen im Konzernabschluss der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein.

(39) Anteilseigner der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Am Grundkapital unseres Unternehmens waren am 31. Dezember 2010 der Bezirksverband Pfalz, Kaiserslautern, mit mehr als der Hälfte und die RWE Beteiligungsgesellschaft mbH, Essen, mit mehr als dem vierten Teil beteiligt. Mitteilungen über die Beteiligungsverhältnisse nach § 20 AktG liegen vor.

Der im Jahr 2002 im Bundesanzeiger veröffentlichte Text lautet: „Die RWE Plus Beteiligungsgesellschaft Zentrale mbH hat uns – auch namens und im Auftrag der RWE AG und der RWE Plus AG – gemäß § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass ihr unmittelbar – und damit der RWE Plus AG, Essen, und deren Alleinaktionärin RWE AG, Essen, kraft Zurechnung gemäß § 20 Abs. 1 i.V.m. § 16 Abs. 4 AktG mittelbar – mehr als der vierte Teil der Anteile an unserem Unternehmen gehört.“^{1) 2)}

Im Jahr 2004 hat die RWE Energy AG, Dortmund, ihre mittelbare Beteiligung an unserem Unternehmen bekannt gegeben.

Der im Bundesanzeiger veröffentlichte Text lautet: „Die RWE Energy AG, Dortmund, hat uns – auch namens und im Auftrag der RWE AG, Essen, - gemäß § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass der RWE Energy AG mittelbar kraft Zurechnung gemäß § 20 Abs. 1 i.V.m. § 16 Abs. 4 AktG mehr als der vierte Teil der Anteile an unserer Gesellschaft gehört.“

Darüber hinaus hat uns RWE Energy AG namens und im Auftrag der RWE Rhein-Ruhr AG, Essen, gemäß § 20 Abs. 5 AktG mitgeteilt, dass die mittelbare Beteiligung der RWE Rhein-Ruhr AG an unserer Gesellschaft nicht mehr besteht.“

¹⁾ Am 04. März 2005 wurde uns mitgeteilt, dass die RWE Plus Beteiligungsgesellschaft Zentrale mbH in RWE Energy Beteiligungsgesellschaft mbH umfirmiert und der Firmensitz von Essen nach Dortmund verlegt wurde. Eine Umschreibung in unserem Aktienregister wurde vorgenommen.

²⁾ Am 10. Dezember 2009 wurde uns mitgeteilt, dass die RWE Energy Beteiligungsgesellschaft mbH in RWE Beteiligungsgesellschaft mbH umfirmiert und der Firmensitz von Dortmund nach Essen verlegt wurde. Eine Umschreibung in unserem Aktienregister wurde vorgenommen.

(40) Unternehmensorgane

Aufsichtsrat

Theo Wieder

Vorsitzender
Oberbürgermeister,
Vorsitzender des Bezirkstags Pfalz,
Frankenthal

Reiner Laborenz

stellv. Vorsitzender
Betriebsratsvorsitzender der PFALZWERKE
AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein
Lingenfeld

Günther Ramsauer

stellv. Vorsitzender
Mitglied des Landtages Rheinland Pfalz,
Ludwigshafen am Rhein

Heinz-Werner Ufer

(bis 14.01.2010)
stellv. Vorsitzender
ehem. Vorsitzender des Vorstands der
RWE Energy AG, Essen

Dr. jur. Knut Zschiedrich

stellv. Vorsitzender (ab 23.03.2010)
Vorsitzender des Vorstands der RWE Vertrieb AG,
Dortmund (bis 31.12.2010)
Vorstandsvorsitzender der Süwag Energie AG,
Frankfurt am Main (ab 01.01.2011)

Bernhard Deubig

ehem. Oberbürgermeister,
Kaiserslautern

Tim Hartmann

(ab 04.05.2010)
Mitglied des Vorstandes der VSE Aktiengesellschaft,
Saarbrücken

Walter Kirsch

Leiter des Energiezentrums der
PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT,
Ludwigshafen am Rhein
Lampertheim

Dr. jur. Eva Lohse

Oberbürgermeisterin,
Ludwigshafen am Rhein

Günther Mack

Oberstudienrat,
Bubenheim

Georg Rösner

stellv. Betriebsratsvorsitzender der PFALZWERKE
AKTIENGESELLSCHAFT, Fachvormonteur,
Mandelbachtal

Karl-Heinz Seebald

Bürgermeister,
Rockenhausen

Harald Winter

freigestellter Betriebsrat der PFALZWERKE
AKTIENGESELLSCHAFT,
Homburg/Saar

Vorstand

Dr. rer. pol. Werner Hitschler
Dipl.-Kfm.,
Frankenthal

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Günther Koch
Ludwigshafen am Rhein

Im Berichtsjahr betragen die Bezüge des Aufsichtsrats 96 Tsd. €. Ehemalige Vorstandsmitglieder und die Hinterbliebenen ehemaliger Vorstandsmitglieder bezogen im Jahr 2010 insgesamt 509 Tsd. €.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern und deren Hinterbliebenen sind Rückstellungen in Höhe von 5.517 Tsd. € gebildet. Die Unterdeckung nach Art. 67 Abs. 2 EGHGB für diesen Personenkreis beträgt 140 Tsd. €.

Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands wird unter Bezugnahme auf § 286 Absatz 4 HGB verzichtet.

(41) Verwendung des Bilanzgewinns

Es wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, für das Geschäftsjahr 2010 wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung einer Dividende von 9,00 € je gewinnberechtigte Stückaktie	16.559.847,00 €
--	-----------------

Bei dem angegebenen Betrag für die Dividende sind die zum 31. Dezember 2010 dividendenberechtigten Aktien berücksichtigt. Die von der Gesellschaft gehaltenen eigenen Aktien sind gemäß § 71 b AktG nicht dividendenberechtigt. Sollte die Zahl der eigenen Aktien, die von der Gesellschaft im Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gehalten werden, größer sein als zum 31. Dezember 2010, vermindert sich der an die Aktionäre auszuschüttende Betrag um den Dividendenteilbetrag, der auf die Differenz an Aktien entfällt. Der dann verbleibende Teil des Bilanzgewinns wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Ludwigshafen am Rhein,
1. März 2011

PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT
Der Vorstand

Dr. Hitschler

Koch

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn-und-Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der **PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein**, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Nach § 10 Abs. 4 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die interne Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG hat zu keinen Einwendungen geführt.“

Mannheim, den 1. März 2011

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Walter

Woche

Wirtschaftsprüfer

Wirtschaftsprüfer